

PRESSEMITTEILUNG

Leipzig, den 28.08.2015

Winkler fordert EU-Kommissionsvorschlag zur gerechten Verteilung von Asylbewerbern

EU braucht Sanktionsmöglichkeiten / Europäisches Geld nur für Staaten, die Flüchtlinge aufnehmen

In Reaktion auf den tragischen Tod von Flüchtlingen in Österreich haben Bundeskanzlerin Merkel und Bundeskanzler Faymann die Notwendigkeit einer gerechten Verteilung von Asylbewerbern auf alle EU-Mitgliedstaaten unterstrichen. In diesem Zusammenhang fordert der sächsische Europaabgeordnete Hermann Winkler einen zeitnahen Vorschlag der EU-Kommission, die sich ja laut Kommissionspräsident Juncker dezidiert als eine politische versteht, für einen Verteilungsmechanismus, der auch Sanktionen mit einschließt: „Alle Staaten der Europäischen Union stehen in der Pflicht, entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit Asylbewerber aufzunehmen, um endlich der dramatischen Lage Herr zu werden. Eine Verweigerung kommt dem Aufkündigen der europäischen Solidarität gleich und darf nicht länger toleriert werden. Die Zeit des endlosen Diskutierens ist vorbei, nun müssen wirksame Sanktionsmöglichkeiten geschaffen werden. Staaten, die keine oder nur wenige Asylbewerber aufnehmen, müssen den Anspruch auf EU-Fördermittel verlieren. Mittelfristig muss die Erfüllung einer Aufnahmequote bei Asylbewerbern zum verpflichtenden Kriterium für die Zuteilung von so genannten Strukturfondsmitteln werden. Bislang richtet sich die Verteilung dieser Mittel nach dem Bruttoinlandsprodukt. Für die laufende Förderperiode bis 2020 stehen in der gesamten Europäischen Union 351,8 Mrd. Euro zur Verfügung.“

Es sei inakzeptabel, dass allein Deutschland derzeit fast 40 Prozent aller Asylbewerber in der EU aufnehme, während sich vor allem osteuropäische Mitglieder dem verweigerten. „Die vehementesten Gegner einer Verteilungsquote für Flüchtlinge in der EU, unter anderem Polen, Tschechien und die baltischen Staaten, gehören zugleich zu den größten Nettoempfängern von EU-Mitteln. Polen erhielt 2014 beispielsweise fast 14 Mrd. Euro und Tschechien mehr als 3 Mrd. Euro mehr von der Europäischen Union, als sie selbst an Brüssel überwiesen haben. Wollen diese Staaten also weiterhin von der europäischen Solidarität profitieren, müssen sie auch im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zur Bewältigung der drängenden Asylfrage leisten“, so Winkler abschließend.